

Patrick Schreiber, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Wenn man die Debatte hier im Haus bis jetzt verfolgt hat, dann hat man das Gefühl, die Welt beginnt heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie an den 28. April 2010 erinnern. Da haben wir hier im Haus über zwei Anträge der Fraktionen DIE LINKE und GRÜNE diskutiert unter den Titeln „Lehramtsausbildung an der TU Dresden fortführen“ bzw. „Lehramtsstudium sofort absichern und ausbauen, Lehrkräftemangel vermeiden“.

Begleitet wurden unserer Diskussionen hier im Haus durch eine Demonstration einiger Hundert Studierender, vor allem Lehramtsstudenten. Nachdem ich dachte, dass wir uns in dieser Debatte über die Notwendigkeit der Reform des Lehramtsstudiums einig gewesen sind, finde ich es schon sehr spannend, wie heute so getan wird, als wäre das nie ein Thema gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn, DIE LINKE)

Meiner Meinung nach war es Konsens, dass wir eine grundsätzliche Neuausrichtung des Lehramtsstudiums brauchen, dass sich die Umstellung auf Bachelor und Master und die damit eingeführte Polyvalenz in diesem Bereich des Lehramtsstudiums definitiv nicht bewährt haben, dass wir eine Konzentration auf die Fächerkombination benötigen und dass wir vor allen Dingen mehr Didaktik, pädagogische Ausbildung und Praktika in den Vordergrund rücken sollten. Ich finde es, wie gesagt, sehr spannend, dass das alles heute kein Thema mehr sein soll.

Das SMWK und das SMK haben nun die Reform auf den Tisch gelegt. Wenn Sie sich beschweren, dass am 18. Oktober in den Ausschüssen darüber noch nicht berichtet worden ist, dann sollten Sie vielleicht auch richtig Zeitung lesen. Denn dann hätten Sie gefunden, dass beide Minister erst am 19. Oktober vom Kabinett für diese Eckpunkte der Reform grünes Licht bekommen haben.

Nun liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Mein Kollege Prof. Schneider hat schon sehr umfangreich dazu Stellung genommen. Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf den schulpraktischen Teil der Lehramtsausbildung beschränken. Wir werden die einzelnen Studiengänge künftig stärker auf die unterschiedlichen beruflichen Anforderungen ausrichten. Das soll dazu dienen, dass die Ausbildung viel besser als bisher auf den eigentlichen Beruf des Lehrers vorbereitet. Deshalb ist es auch falsch – Herr Prof. Besier und Frau Dr. Stange, Sie sollten, wenn Sie Zeitung lesen, dann die Artikel auch richtig zur Kenntnis nehmen –, dass wir einfach nur ein Referendariat bzw. das Lehramtsstudium im Grundschulbereich verkürzen. Sondern wir haben klipp und klar gesagt – und das ist deutlich geworden bei den Ausführungen beider Minister –, dass das erste Studienjahr, also das erste und das zweite Semester, dazu dienen sollen, eine Orientierungsfunktion zu haben. Innerhalb dieser Orientierungsfunktion sollen Eignungstests stattfinden: Bin ich als Student später überhaupt einmal in der Lage, als Lehrer zu arbeiten? Es sollen verstärkt schulpraktische Studien bzw. Praktika in diesem Bereich stattfinden.

Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir im Anschluss das Referendariat auf ein Jahr verkürzen können.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD, steht am Mikrofon.)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Patrick Schreiber, CDU: Nein, jetzt nicht.

Zum Lehramtsstudium, haben Sie, Frau Dr. Stange im April 2010 etwas gesagt, was ich gern zitieren möchte. Vielleicht sollten Sie sich Ihre Wortbeiträge im Vorfeld einer solchen Debatte immer wieder einmal anschauen. Sie sagten damals: „Das Lehramtsstudium ist in Dresden zu erhalten, nicht erst in zwei oder drei Jahren.“ Richtig, wir machen es innerhalb eines Jahres.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Das hätten wir eher haben können, Herr Schreiber!)

Frau Dr. Stange, Sie hätten es eher haben können – damit wiederhole ich meine Aussagen vom April –, denn Sie waren hier Staatsministerin. Was Frau von Schorlemmer, was Herr Prof. Wöller binnen eines halben Jahres auf den Tisch gelegt haben, haben Sie in zwei Jahren nicht geschafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hätten wir eher haben können, hätten Sie Ihren Job ordentlich gemacht.

(Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Fakt ist, dass wir ab 2011/2012 wieder in Dresden ein Lehramtsstudium für die drei Bereiche Grund-, Mittelschule und Gymnasium anbieten werden. Das erhöht nicht nur die Attraktivität dieses Studiums bzw. der TU Dresden, sondern gewährleistet auch die Studierbarkeit für jeden Studenten. Entscheidend dabei ist, dass wir damit auch die Angst berücksichtigen, dass mit nur einem Standort in Leipzig weniger Schulen für die schulpraktischen Studien zur Verfügung stehen würden.

Wir waren uns darin einig, dass sich Bachelor und Master nicht bewährt haben.

Herr Kollege Gerstenberg, Sie haben im April gesagt: „Wir brauchen eine gemeinsame Kampagne von Freistaat und Universitäten für die Wertigkeit des Lehrerberufs.“ Dazu sage ich Ihnen Folgendes: Im Rahmen der Diskussion um die Freien Schulen ist das staatliche Schulsystem schlecht geredet worden. Fangen wir also erst einmal damit an, unser staatliches Schulsystem nicht immer madig und schlecht zu reden, dann gibt es auch eine Chance, dass Studenten freiwillig wieder den Lehrerberuf wählen. Wenn wir damit anfangen, dann brauchen wir weder eine Kampagne noch eine komplett neue Schulreform,

(Zuruf der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD)

bei der – wie Sie es damals vorgeschlagen haben – es keine Ausbildung nach den Schularten mehr gibt, sondern nach spezifischen schülergerechten Stufen.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ihre Zeit ist abgelaufen.

Patrick Schreiber, CDU: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

...

Patrick Schreiber, CDU: Herr Kollege Gerstenberg, ich habe mir gestern extra die Mühe gemacht, mir sämtliche Redebeiträge aus der Debatte vom April anzuschauen. Auch Ihrer war dabei. Der war weniger bissig, das mag sein. Sie sind so, und ich akzeptiere Sie so, wie Sie sind.

(Schön-Rufe und Lachen bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht machen Sie sich auch einfach einmal die Mühe, sich diese Redebeiträge anzuschauen. Da werden Sie feststellen, dass wir – selbst im 14-minütigen Beitrag der Kollegin Werner – unisono der Meinung gewesen sind, dass die Gleichmacherei, bei der jeder dasselbe studiert, egal ob er Grundschul- oder Gymnasiallehrer werden will, ein Problem und der größte Kritikpunkt der Studenten ist. Wenn Sie das heute anders sehen, tut mir das herzlich leid. Ich habe das beim Anschauen Ihrer Rede vom April gestern so empfunden. Vielleicht liegt das auch an Ihrer weniger bissigen Art.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

...

Patrick Schreiber, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hahn, Gott sei Dank, sind Sie nicht das Maß aller Dinge bzw. Ihre Beurteilung nicht das Maß aller Dinge.

Ich möchte mit ein paar Argumenten der Opposition aufräumen. Fakt ist eines, Frau Dr. Stange und Frau Falken, diesbezüglich müssten Sie vielleicht einmal in die Vorschläge von SMK und SMWK schauen: Die Lehramtsstudenten haben neben dem Staatsexamen, das sie zu absolvieren haben, die Chance, einen Bachelor- bzw. einen Masterabschluss zu machen. Diese Chance haben sie, indem sie eine entsprechende Master- bzw. Bachelorarbeit schreiben. Das ist dargelegt worden. Sich nun hier hinzustellen und das nächste Horrorszenario an die Wand zu malen, ist falsch.

(Abg. Dr. Eva Maria Stange, SPD, steht am Mikrophon.)

Frau Dr. Stange, zum Thema Geld sparen möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Wenn Sie behaupten, wir würden das Referendariat verkürzen, um Geld zu sparen, so muss ich Sie korrigieren. Wenn Sie sich einmal den Haushaltsentwurf bzw. – das kann man mittlerweile sagen, Beschlusslage von CDU und FDP-Fraktion – sich anschauen, dann stellen Sie fest, dass wir im kommenden Jahr 700 Referendare und im Jahr 2012 600 Referendare einstellen werden. Das ist fast eine Verdoppelung im Vergleich zu diesem Jahr.

(Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE, steht am Mikrophon.)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Patrick Schreiber, CDU: Nein! – Und wenn Sie uns dann vorwerfen, wir würden das alles nur machen, um Geld zu sparen, dann ist das eindeutig falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Falken, Sie sagten, wir wollten die Lehrer zwingen, hier in Sachsen zu bleiben. Sie wissen ganz genau – ich gestatte keine Zwischenfrage! –, man kann niemanden zwingen, in Sachsen zu bleiben, aber wir wollen natürlich die Anreize dafür schaffen, dass jeder Lehrer, der in Sachsen ausgebildet wird, auch in Sachsen bleibt und in Sachsen als Lehrer tätig ist.

Sie sagen, die sächsischen Lehrer würden woanders keine Zukunft haben. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Wir haben vor nicht allzu langer Zeit darüber diskutiert, dass Baden-Württemberg die sächsischen Lehrer abwirbt. Wenn die sächsischen Lehrerinnen und Lehrer aber so eine schlechte Ausbildung hätten, dann glaube ich kaum, dass andere Bundesländer kämen, diese Lehrer abzuwerben und auch künftig Abwerbungsversuche unternehmen würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Eva Maria Stange, SPD, und Cornelia Falken, DIE LINKE)

Sie, Frau Falken, malen die gleichen Horrorszenarien an die Wand wie bereits im April. Ich darf Sie an einige erinnern: größere Klassen, Schulschließungen, Kürzungen bei Stundentafeln, gravierende Einschnitte im Bildungssystem. – Das ist das, was Sie damals prognostiziert haben.

Nun müssen Sie selbst beurteilen, was davon eingetreten ist.

(Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

Noch ein Wort zur Polyvalenz, Herr Dr. Gersterberg. Wir wissen alle, dass der Bachelor nicht dazu befähigt, die Arbeit als Lehrer aufzunehmen.

(Prof. Dr. Günther Schneider, CDU: Das ist genau der Punkt!)

Das ist kein Geheimnis. Das ist Gesetz. Sie müssen, um als Lehrer in Sachsen – nicht nur in Sachsen – arbeiten zu können, den Masterabschluss haben.

(Prof. Dr. Günther Schneider, CDU: So ist es!)

Das, was wir damit machen, ist ein Anreiz, Lehrer zu werden, indem wir das Staatsexamen wieder einführen. Wir geben den Studenten die Sicherheit, dass sie vom Tag der Immatrikulation an bis zum Abschluss des Staatsexamens eine Sicherheit haben,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

denn momentan haben sie keine Sicherheit, nach dem Bachelor einen Masterstudienplatz zu bekommen.

Wenn ich als Student die Sicherheit habe, von Anfang bis zum Ende studieren zu können, dann sagen Sie mir doch, was noch mehr Sicherheit – außer ein super bezahlter Job – bietet, als sich nicht letztlich dafür zu entscheiden, Lehrer zu werden. Das ist doch der zentrale Punkt.

(Beifall des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Das ist der zentrale Punkt an dieser Reform. Ich denke, wenn Sie darüber nachdenken, müssten auch Sie zu der Erkenntnis kommen, dass das der richtige und nicht der falsche Weg ist.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Erlauben Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Patrick Schreiber, CDU: Frau Falken, bitte schön.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Bitte schön.

Cornelia Falken, DIE LINKE:

(Widerspruch bei der CDU – Lars Rohwer, CDU: Das war ein Tiefschlag!)

Patrick Schreiber, CDU: Gilt das für Sie, oder?

Cornelia Falken, DIE LINKE:

(Dr. André Hahn, DIE LINKE: Das ist gar nicht zulässig!)

Patrick Schreiber, CDU: Das ist mir so nicht bekannt, aber es ist Ihnen immanent, dass Sie immer Dinge in den Raum werfen, zum Beispiel auch im Schulausschuss, ohne konkret Ross und Reiter zu nennen. Deswegen wundert mich die Art und Weise des Fragens nicht.

Ich würde gern noch auf einen Vorwurf eingehen, der mehrfach gekommen ist: von Frau Dr. Stange, von Frau Giegengack und auch von Frau Falken. Sie sagten, die beiden Minister hätten wieder alles am Runden Tisch entschieden. Ich zitiere: „Die Universitäten waren von Anfang an an der Erarbeitung der Reform beteiligt, beispielsweise über die Staatliche Kommission Lehrerbildung.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD)

Jetzt raten Sie einmal, Frau Dr. Stange,

(Dr. Eva Maria Stange, SPD, lacht)

von wem dieses Zitat stammt. Das Zitat ist von Dienstagmorgen. Gesagt hat es Prof. Lenz von der TU Dresden, den Sie gern in Anhörungen zur Lehramtsausbildung vorschlagen.

Von Prof. Lenz, der uns allen hier – auf gut Deutsch – die Leviten gelesen hat, wie die Situation ist. Wenn Prof. Lenz solch einen Satz sagt, dass man von Anfang an in die Erarbeitung dieser Reform integriert war und dass er diese Reform als den richtigen Weg sieht, dann, sage ich Ihnen ganz ehrlich, haben wir nicht alles richtig gemacht.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD, steht am Mikrofon.)

Aber wir haben vieles richtig gemacht. In dem Sinne sind wir von dieser Reform überzeugt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Kollege Schreiber von der CDU-Fraktion möchte auf diese Kurzintervention reagieren.

Patrick Schreiber, CDU: Vielen Dank. – Frau Dr. Stange, zum letzten Argument müssen Sie Ihre Kritik beispielsweise an Prof. Lenz richten. Sie müssen in der Universität klären, wer da wie beteiligt wird bzw. welche Kommissionen daran beteiligt sind. Dafür sind wir, denke ich, nicht die richtigen Adressaten.

Zum Thema Referendariatsstellen: Es ist richtig; Sie haben recht, wenn Sie die absoluten Zahlen sehen. Aber wenn Sie den Vergleich zum laufenden Haushalt nehmen – zum Jahr 2010 und 2009 –, dann ist es ab dem Jahr 2011 eine Verdoppelung. Fakt ist auch – das müssen Sie zur Kenntnis nehmen –: Sie können sich nicht permanent in den Erfolgen aus den Jahren 2008 und 2009 sonnen,

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Wir haben 2010 über 300 Stellen abgebaut!)

die – hören Sie zu, Frau Falken – auf einem ganz anderen Haushaltsniveau basierten. Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir vor zwei Jahren einen anderen Haushalt hatten, als wir ihn im nächsten Jahr haben werden.

(Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Wenn wir trotzdem fast eine Verdoppelung der Referendariatsstellen im Vergleich zum laufenden Jahr haben, dann ist das definitiv ein Gewinn.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Tino Günther, FDP)